

ANTRÄGE

1) Installierung eines „Grazer Wochenmarktes“

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Ich darf vielleicht gleich beide Anträge bringen. Der eine betrifft die Installierung eines Grazer Wochenmarktes, und hier lautet der Antragstext wie folgt im Sinne des Motivenberichtes, den ich jetzt natürlich nicht bringe, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den Antrag, die zuständigen Magistratsabteilungen mögen die Voraussetzungen für die Installierung eines Wochenmarktes – eventuell am Mariahilferplatz – schaffen (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

In vielen anderen Städten zählen Wochenmärkte zu den großen Tourismusattraktionen. Nicht nur österreichische Städte mit diesem Angebot, sondern auch Tourismuszentren in den Urlaubsländern Italien, Griechenland, Türkei profitieren von dieser fixen jede Woche stattfindenden Einrichtung, auf der Marktfahrer und/oder ansässige Betriebe von Textilien über Spielzeug bis hin zu Lebensmitteln die ganze Palette anbieten.

Kann Graz zwar mit einer ganzen Reihe von interessanten Märkten (vom „Fetzenmarkt“ bis zu den traditionellen Jahrmärkten) aufwarten, fehlt jedoch dieser besagte regelmäßige Wochenmarkt, der sich aus unserer Sicht aufgrund der Situierung und vorhandenen Infrastruktur am Mariahilferplatz installieren ließe.

Erhebungen in Städten, die solche Wochenmärkte eingeführt haben, belegen, dass solche Einrichtungen erheblich mehr Kunden in die Stadt bringen- und Experten rechnen auch bei einem Wochenmarkt in Graz mit einer zusätzlichen

Kundenfrequenz von 7.000 Personen. Aber nicht nur GrazerInnen und Touristen, sondern auch zahlreiche Marktfieranten und auch Wirtschaftstreibende im innerstädtischen Bereich (dies ergaben diesbezügliche Gespräche und Reaktionen auf den „Woche“-Bericht) würden sich einen Grazer Wochenmarkt wünschen und würden davon profitieren.

Im Sinne dieses Motivenberichtes stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen die Voraussetzungen für die Installierung eines Wochenmarktes – eventuell am Mariahilferplatz – schaffen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Mehr Grün in den Grünen Zonen; Graz soll die Alleestadt werden

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Der zweite Antrag bei dem geht es darum, dass es hier zu einer verstärkten Baumbepflanzung in Grazer Straßen kommt, und hier soll gemeinsam mit den Bezirksvorstehern ein Baumbepflanzungskataster erstellt werden und es sollen auch mehr Pflanzungen von Hecken, Grünflächen in den Grazer Straßen stattfinden.
Danke (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Ausweitung der Grünen Zonen im Grazer Stadtgebiet brachte einige verkehrsrelevante Verbesserungen für die BewohnerInnen der betroffenen Gebiete. Einerseits hat sich der lästige Individualverkehr, verursacht durch parkplatzsuchende Autofahrer, sehr stark vermindert und andererseits steht den Anrainern nun mehr Parkraum zur Verfügung als sie überhaupt benötigen.

Viele Straßenzüge wurden durch die Gebührenpflicht förmlich "leer gefegt" und präsentieren sich vielfach als überbreite, ungenutzte Asphaltwüsten. Gleichzeitig wird auch durch extreme Verbauung eine Grünfläche nach der anderen versiegelt, sodass immer mehr "Grün" in unserer Stadt verloren geht. Um dem entgegenzuwirken, wäre es sinnvoll, verstärkt Baum- und Heckenpflanzungen vorzunehmen sowie Grünstreifen mit Parkbänken zu errichten. Gerade dieser frei stehende ungenützte Parkraum bietet nun diese Möglichkeiten, das Stadtbild bzw. Stadtteile attraktiver zu gestalten.

Stießen bisher zusätzlich geplante Baumpflanzungen wegen des Wegfalls von Parkraum auf massiven Widerstand, bestünde nunmehr die Möglichkeit, den leeren Straßen(park)raum wieder zu begrünen und könnten somit die Lebensqualität in den betroffenen Stadtteilen gesteigert, das Straßenbild verschönert und auch das Stadtklima verbessert werden.

Es wäre eine wunderbare Möglichkeit, das alte vor Jahren praktizierte System der „Baumpatenschaften“ wieder ins Leben zu rufen, bei dem Firmen oder private Personen die Patenschaft und (Teil-)Kosten für eine Baumpflanzung übernehmen.

Im Sinne des o.a. Motivenberichtes stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen in Abstimmung mit den jeweiligen Bezirksräten einen Baumbepflanzungskataster erarbeiten und zusätzliche Baum- und Heckenpflanzungen forcieren.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 20.30 Uhr den Vorsitz.

3) Masterplan zur Verbesserung der Bedingungen für Studierende und Lehrende an den Grazer Unis und dessen Umsetzung

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Wir haben in den letzten Tagen mitbekommen, wie verheerend die Situation auf den Universitäten ist, natürlich auch auf der Karl-Franzens-Universität und auf der Technischen Universität Graz. Und dementsprechend stelle ich den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Wissenschaftsministerin auf, einen Masterplan betreffend Verbesserung der Situation für Studierende und Lehrende an den Grazer Unis zu erstellen, sowie diesen umzusetzen und aus finanzieller Sicht mit dem zuständigen Finanzminister zu koordinieren (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Ist-Situation an der Karl-Franzens-Universität und der Technischen Universität Graz stellt sich zurzeit verheerend dar.

Die Hörsäle sind überfüllt, die Studierenden haben dadurch oftmals gar keine Chance, an einer Vorlesung teilnehmen zu können. Im BWL-Bereich erfolgt eine Auslagerung von Vorlesungen sogar in Kinos. Es bestehen lange Wartezeiten bei Praktika. Studenten, die auf ein Stipendium angewiesen sind, verlieren es aus diesem Grund oftmals unverschuldet diese finanzielle Absicherung. Personen, die aus keinem finanziell gut gepolsterten Elternhaus kommen, wird ein Studium damit zunehmend verunmöglicht.

Sollten Studenten es dennoch geschafft haben, das Studium abschließen zu können, bleibt ihnen oftmals nur der Weg ins Ausland übrig. Die Grazer Unis bilden zwar aus – wie im Bereich der Medizin oder Mikrobiologie bieten aber kaum Perspektiven. Gelingt es beispielsweise AbsolventInnen, einen Job als AssistentIn bzw. Lehrende/r an der Uni zu ergattern, dann ist er/sie im Bereich der Mac Jobs herzlich willkommen. Einerseits ist die Stundenanzahl, mit der er/sie beschäftigt wird, so gering, dass er/sie kaum davon leben kann, andererseits ist der Aufwand für Vorbereitung und Forschung zu groß, dass er/sie keinen anderen Job annehmen kann. Nicht umsonst spricht man davon, dass die Junglehrenden an den Unis aufgrund ihrer Mac Jobs in der Pension die künftigen Armutsgefährdeten von Österreich sind.

Diese Bedingungen sind unhaltbar. Zudem wird das Geld, das der Staat in die Unis investiert, nicht im möglichen Ausmaß genutzt, ansonsten wäre ein Interesse gegeben, die Absolventen in Graz zu halten.

Aus all diesen Gründen ist es notwendig, einen Masterplan für die Verbesserung der Bedingungen an den Unis - sowohl für Studierende als auch für Lehrende - zu erstellen und die Vorschläge betreffend Verbesserung auch umzusetzen.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Wissenschaftsministerin auf, einen Masterplan betreffend Verbesserung der Situation für Studierende und Lehrende an den Grazer Unis zu erstellen sowie diesen umzusetzen und aus finanzieller Sicht mit dem zuständigen Finanzminister zu koordinieren.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Seniorensport

GRin. **Gesek** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Gesek**: Hoher Gemeinderat! Namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs stelle ich den Antrag, die Stadt Graz möge an den Rektor der Karl-Franzens-Universität Graz, Herrn Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer, mit dem Ersuchen herantreten, im Lehrplan des Sportstudiums der KFU-Graz auch Einheiten für Seniorensport verpflichtend einzurichten (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Notwendigkeit der Erhaltung einer möglichst umfassenden körperlichen Leistungsfähigkeit bis ins hohe Alter ist sowohl für SeniorInnen vom rein medizinischen als auch vom psychologischen Standpunkt aus unbestritten.

Seniorensport ist bis ins hohe Alter sehr sinnvoll. Er fördert nicht nur die Gesundheit, sondern trägt zu einem besseren persönlichen Wohlbefinden bei, steigert das

Selbstwertgefühl und trainiert überdies die Willensstärke. Eine soziale Komponente durch den Kontakt zu Gleichgesinnten kommt ebenfalls zum Tragen.

In absehbarer Zeit werden mehr als 30% der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein. Dennoch sind die SeniorInnen noch immer eine Randgruppe im öffentlichen Bewusstsein unserer Gesellschaft. Sie werden in der Werbung kaum wahrgenommen und sind auch im Sport, ganz besonders im Leistungssport, eine Randgruppe. Sie werden bestenfalls geduldet.

Um hier ein Umdenken zu bewirken, müssen Schwerpunkte gesetzt werden, wie z.B. an der Universität Bonn, wo das sportwissenschaftliche Institut einen Forschungs- und Studienschwerpunkt "Alterssport" anbietet. Auch in Zürich und Köln gibt es bereits Gleichartiges.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

die Stadt Graz möge an den Rektor der KFU-Graz, Herrn Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschehofer, mit dem Ersuchen herantreten, im Lehrplan des Sportstudiums der KFU-Graz auch Einheiten für Seniorensport verpflichtend einzurichten.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Maßnahmen Haltestelle Janzgasse

GRin. **Meißlitzer** stellt folgenden Antrag:

GR. **Meißlitzer:** In meinem Antrag geht es um die neue Haltestelle in der Janzgasse. Im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den Antrag: Die zuständigen Abteilungen mögen beauftragt werden, diese Haltestelle umgehend behindertengerecht zu gestalten und auf Höhe der Algersdorfer Straße stadtauswärts einen Zebrastreifen zu errichten (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Gleiserneuerungen der Linie 1 in der Georgigasse wurde auch die Haltestelle Janzgasse verlegt. Allerdings führt kein Zebrastreifen direkt über die Georgigasse zur Station stadteinwärts – dafür müssten drei Straßen überquert werden. Gerade angesichts der im unmittelbaren Nahbereich gelegenen VS und KMS ist die Algersdorfer Straße eine Gefahrenquelle der besonderen Art: Kaum ein Schüler, kaum eine Schülerin nimm diesen Umweg in Kauf, wenn die Straßenbahn sich nähert – die Kinder laufen quer über die Straße. Aber auch für Menschen mit Behinderung – und ausgerechnet in der Algersdorfer Straße gibt es ja ein entsprechendes Wohnheim – haben mit dieser neuen Haltestelle ihre Probleme: Zum einen wegen desselben Umweges, und zum anderen fehlt im Haltestellenbereich auch noch die Gehsteigkanten-Abschrägung. Was zur Folge hat, dass schwer gehbehinderte bzw. auf den Rollstuhl angewiesene MitbürgerInnen auf Hilfe von Begleitpersonen angewiesen sind, wenn sie diese Haltestelle benutzen wollen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen mögen beauftragt werden, diese Haltestelle umgehend behindertengerecht zu gestalten und auf Höhe der Algersdorfer Straße stadtauswärts einen Zebrastreifen zu errichten.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Überprüfung der verpflichtenden jährlichen Wartung von Gasthermen in privaten Haushalten

GR. **Kraxner** stellt namens von SPÖ, Grünen, FPÖ und BZÖ folgenden Antrag:

GR. **Kraxner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich darf im Namen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen der ÖVP, SPÖ, FPÖ und BZÖ und der Grünen folgenden Antrag stellen: Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an die Steiermärkische Landesregierung beziehungsweise an die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz, um folgende Änderungen der geltenden Verordnung dahingehend zu erwirken, mir geht es um Gasthermensicherheit und Überprüfung, dass

1. es zu Beginn der Heizperiode zu einer Information an alle Gasthermen-BetreiberInnen im Grazer Stadtgebiet über die BIG, die Homepage der Stadt Graz und durch Aushänge in den Bezirksservicestellen kommt,
2. die Hausverwaltungen beziehungsweise EigentümerInnen angehalten werden sollen, Sammeltermine zu organisieren, um die Kosten zu senken und dass
3. das jeweilige Sachverständigenprotokoll bei den dafür zuständigen Stellen verpflichtend einzureichen ist.

Ich bedanke mich bei allen, die den Antrag unterstützt haben, und finde es schade, dass trotzdem die KPÖ nicht zu gewinnen war. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Gibt man in der Internetsuchmaschine „Google“ den Begriff „Gasthermenunfall“ ein, so findet man leider im Jahr 2010 unzählige Berichte aus ganz Europa, die von Zwischenfällen aufgrund defekter oder nicht gewarteter Gasthermen berichten. Das Tragische dabei ist allerdings, dass sehr viele dieser Zwischenfälle nicht ohne menschliches Leid enden.

Schließlich sind auch in der Landeshauptstadt Graz sowie in der gesamten Steiermark unzählige private Haushalte mit Gasthermen zur Warmwasseraufbereitung und zur Beheizung der Räumlichkeiten ausgestattet. Aufgefallen ist mir dieses Problem, da ich in einigen meiner Mietwohnungen Gasthermen installiert habe und die durchgeführte jährliche Wartung niemand überprüft – auch das Protokoll darüber muss nirgends eingereicht werden.

Wenn nun die Benutzerin bzw. der Benutzer nicht die von Thermenerzeugern angeratene und vom Landesgesetzgeber verpflichtende jährliche Überprüfung durchführen lässt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass überhaupt keine Wartung an der Therme durchgeführt wird, eine sehr große. Dieses Problem entsteht nur dadurch, dass diese Verpflichtung zwar existiert, in der Praxis aber meist nicht kontrolliert wird. Die Kosten, die auf die MieterInnen bzw. EigentümerInnen zukommen, sind vor allem im Verhältnis zum Risiko minimal, belaufen sich auf rund € 10,00 je Monat und könnten durch Sammeltermine, die von der Hausverwaltung organisiert werden, noch verringert werden. Ein weiterer positiver Nebeneffekt daraus wäre, dass auch die Abgaswerte ständig kontrolliert würden.

Daher stelle ich namens der im GR vertretenen Fraktionen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und BZÖ den folgenden

A N T R A G:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an die Steiermärkische Landesregierung bzw. an die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz um folgende Änderungen der geltenden Verordnung dahingehend zu erwirken, dass

1. es zu Beginn der Heizperiode zu einer Information an alle Gasthermen - BetreiberInnen im Grazer Stadtgebiet über die BIG, die Homepage der Stadt Graz und durch Aushänge in den Bezirksservicestellen kommt,
2. die Hausverwaltungen bzw. EigentümerInnen angehalten werden sollen, Sammeltermine zu organisieren und dass
3. das jeweilige Sachverständigenprotokoll bei den dafür zuständigen Stellen verpflichtend einzureichen ist.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Verbesserung der Zustellqualität der Einladungen zu Bezirksversammlungen

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es beginnt wieder die Saison der Bezirksversammlungen für unsere BezirksrätInnen in 17 Grazer Bezirken, und die ersten, die bereits stattgefunden haben, haben natürlich wieder eine ganze Reihe von Klagen erlebt, dass die Zustellung der Einladungen nicht funktioniert. Der Antrag bezieht sich darauf und bittet noch einmal, die Zustellqualität mit dem Zusteller zu überprüfen beziehungsweise, andere Variante, doch eine Postzustellung, flankierende Maßnahmen, Informationen der Termine in den Medien etc. zu überlegen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei den gerade abgehaltenen ersten Bezirksversammlungen dieses Jahres gab es (wie mittlerweile leider jedes Jahr) Klagen über die Zustellqualität der Einladungen.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, für die kommenden Bezirksversammlungen die Zustellqualität sicherzustellen, entweder durch eine verbesserte (Post-)Zustellung an jeden Haushalt oder flankierende Maßnahmen wie Termininformationen in anderen Medien etc..

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Baum-Pflanzungen im nördlichen Teil des Bezirks Jakomini

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem Antrag geht es um Baumpflanzungen im nördlichen Teil des Bezirks Jakomini, das ist ein Antrag, der einen Antrag im Bezirksrat, der dort von allen Parteien angenommen wurde, unterstützen soll und ich stelle daher seitens des Grünen Gemeinderatsklubs den Antrag, die zuständigen Stellen beziehungsweise StadträtInnen der Stadt Graz mögen dem bereits vom Bezirksrat Jakomini beschlossenen Antrag Folge leisten und

die darin enthaltenen Bepflanzungsvorschläge wohlwollend prüfen und ehebaldigst, jedoch spätestens im Zuge von Umbaumaßnahmen, umsetzen.

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Bezirksratssitzung des Bezirks Jakomini vom 28. September 2010 brachten die BezirksrätInnen Mag.^a Andrea Kern und Mag. Gerald Kuhn folgenden Antrag ein, der mit einer Stimmenthaltung angenommen wurde:

„Bäume und Grünraum sind ein wichtiger Bestandteil von Städten. Sie sind nicht nur Verweilplätze und Verschönerungselemente in Straßen und/oder Parkanlagen. Bäume dienen auch als Schmutzfänger in den Straßen. Aus diesem Grund fordern wir die zuständigen Stellen bzw. StadträtInnen auf, in ihren Umbau- und Umgestaltungsplänen unsere Bepflanzungsvorschläge zu berücksichtigen.

Der Bezirksrat möge daher Folgendes beschließen: Die jeweils zuständigen Stellen der Stadt Graz bzw. StadträtInnen mögen bei Straßenumbau und -umgestaltungen offensiv Bäume pflanzen. In der Beilage schlagen wir 96 Stück im oberen Bereich des Bezirkes Jakomini vor. Zumindest sollen diese Vorschläge geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden, da der Bezirksrat von sich aus keine rechtliche Möglichkeit hat, Bäume im öffentlichen Bereich pflanzen zu lassen.“

Bäume sorgen für ein gesünderes Stadtklima!

Angesichts der prekären Situation im nördlichen Teil des Bezirks Jakomini, wo es kaum Grün- und Freiflächen gibt, kommt der Erhöhung des Baumbestandes besondere Bedeutung zu. Diese führt im dicht verbauten Stadtgebiet zu einer Verbesserung der Luftgüte und sorgt für ein gesünderes Stadtklima.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen bzw. StadträtInnen der Stadt Graz mögen dem bereits vom Bezirksrat Jakomini beschlossenen Antrag Folge leisten und die darin enthaltenen Bepflanzungsvorschläge wohlwollend prüfen und ehebaldigst, jedoch spätestens im Zuge von Umbaumaßnahmen, umsetzen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Ausweitung der Schutzzonen nach dem Altstadterhaltungsgesetz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Sehr verehrte Damen und Herren! Ein Antrag von uns, eine Bitte der Bürgerinitiativen, vor allem von „Graz denkt“. Der Castellhof war gerade außerhalb der Schutzzone und daher der Antrag, die zuständigen Fachleute von Stadt und Land werden beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung der derzeit bestehenden Schutzzonen zu erarbeiten und dem Steiermärkischen Landtag sowie dem Grazer Gemeinderat vorzulegen. Ein Antrag, der sich vielleicht auch ergänzt mit dem von Herrn Dipl.-Ing. Topf.

Motivenbericht nur schriftlich:

Um wichtige und interessante Teile unserer Stadtgeschichte zu erhalten, wird es immer bedeutsamer, um jedes kunst- und architekturhistorisch wertvolle Gebäude zu kämpfen. Die Errichtung von Schutzzonen war eine genauso notwendige

Errungenschaft wie die Installierung des – auch von der KPÖ vehement geforderten – Altstadtanwaltes.

Aufgrund jüngster Vorkommnisse im Zusammenhang mit beabsichtigten Bauvorhaben – ich erinnere an die überfallsartige Zerstörung des Castellhofes, der leider knapp außerhalb einer Schutzzone lag – wurde von verschiedenen Seiten, unter anderem von der Bürgerinitiative „Graz denkt“, der deutliche Wunsch nach Ausweitung der Schutzzonen erhoben.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Fachleute von Stadt und Land werden beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung der derzeit bestehenden Schutzzonen zu erarbeiten und dem Steiermärkischen Landtag sowie dem Grazer Gemeinderat vorzulegen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Erweiterung der Zusammensetzung der ASVK

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Wir bleiben beim Altstadtschutz. Die Zusammensetzung der ASVK ist nach Meinung vieler ein wenig architektenlastig, es sind natürlich Fachleute, die ihr Metier hervorragend verstehen, aber der Antrag von uns lautet, die

Zusammensetzung um eine Person zusätzlich zu erweitern. Es gibt bereits einen Vertreter der Geisteswissenschaftliche Fakultät in Graz in der ASVK, es könnte ein Historiker sein, es könnte ein Kunsthistoriker sein. Unser Antrag lautet, eine zweite Person als ordentliches Mitglied aufzunehmen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Altstadtsachverständigenkommission (ASVK) ist eine der wichtigsten Einrichtungen der Steiermark zum Schutze alten Kulturgutes. Sehr bald wird es eine neue Zusammensetzung dieses Gremiums geben. Blickt man auf die Liste der Mitglieder und Ersatzmitglieder, scheint aber der historische und kunsthistorische Background unterrepräsentiert. Aber genau diese Aspekte sollten bei der Beurteilung der Schutzwürdigkeit von Grazer Altstadtelementen im Vordergrund stehen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge gemeinsam mit dem Land Steiermark bei der Zusammensetzung der künftigen Altstadtsachverständigenkommission die Geisteswissenschaftliche Fakultät der Karl-Franzens-Universität ersuchen, ein zweites Mitglied sowie ein zweites Ersatzmitglied zu stellen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf nach der feierlichen Angelobung im Schloss Eggenberg von 900 Rekruten mit einer Frauenquote von 1 % mich wieder zurückmelden und den Vorsitz wieder übernehmen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 20.35 Uhr den Vorsitz.

11) Finanzierung einer Betreuung im Bedarfsfall

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag betrifft die Finanzierung einer Betreuung von schwerstbehinderten Kindern im Bedarfsfall, und deshalb stelle ich namens der KPÖ folgenden Antrag: Die zuständigen Stellen werden beauftragt, eine Regelung und damit Lösung zu finden, wie eine kontinuierliche Finanzierung einer Betreuung im Rahmen der therapeutischen Maßnahmen für schwerstbehinderte Kinder im Bedarfsfall gesichert werden kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Mutter eines schwerstbehinderten Kindes hat sich mit folgendem Anliegen an uns gewendet. Das Kind besucht die Schule im Hirtenkloster. Dort gibt es jede Woche auch das Angebot, zwei Turnstunden und zwei Schwimmstunden am Nachmittag zu absolvieren. Aber das nur unter der Voraussetzung, dass ein Elternteil anwesend ist. Wenn das nicht möglich ist, entfällt die wichtige therapeutische Maßnahme. Der Grund dafür ist, dass die Finanzierung einer Betreuung im Bedarfsfall nicht gesichert

ist. Weder das Referat für Behindertenhilfe noch der Schulerhalter fühlen sich dafür zuständig, die erforderlichen finanziellen Mittel dafür aufzubringen. Da diese geschilderte Situation vor allem auch kein Einzelschicksal ist, muss eine klare Regelung gefunden werden, wie die Finanzierung für alle Betroffenen im Bedarfsfall sicher gestellt werden kann. Denn es ist im Sinne der Integration, dass alle Kinder kontinuierlich diese wichtige therapeutische Maßnahme in Anspruch nehmen können.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, eine Regelung und damit Lösung zu finden, wie eine kontinuierliche Finanzierung einer Betreuung im Rahmen der therapeutischen Maßnahmen für schwerstbehinderte Kinder im Bedarfsfall gesichert werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Schutzweg im Bereich Peter-Tunner-Gasse 45 - 49

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um die Errichtung eines Schutzwegs, der Herr Bürgermeister hat es schon gesagt. Ich stelle daher folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle

beschließen, die zuständigen Stellen im Magistrat mögen überprüfen, ob die im Motivenbericht empfohlene Maßnahme an gegenständlicher Örtlichkeit möglich ist. Die zuständigen Stellen im Magistrat werden beauftragt, diese Maßnahme gegebenenfalls durchführen zu lassen (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor einiger Zeit wurde der Schutzweg im Bereich Algersdorfer Straße/Peter-Tunner-Gasse/Göstinger Straße auf Grund seiner Gefährlichkeit – vor allem wegen der schlechten Einsicht durch eine Kurve – entfernt.

Besonders gefährliche Situationen ergeben sich werktags in diesem Bereich zu den morgendlichen Stoßzeiten. Passanten, drunter viele Schüler, queren trotz starken Autoverkehrs zwischen den haltenden Bussen die Fahrbahn. Die ampelgeregelter Kreuzung in der Alten Poststraße/Peter-Tunner-Gasse wird von jenen Personen, die schnell die Straße, beispielsweise zum Umsteigen in eine andere Buslinie, queren müssen, nicht genutzt.

Da die Peter-Tunner-Gasse eine sehr hohe Verkehrsfrequenz aufweist und mit 50 km/h befahren werden darf, ergeben sich laufend gefährliche Situationen. Es wäre daher sinnvoll im Bereich der beiden Bushaltestellen in der Peter-Tunner-Gasse auf Höhe der Hausnummer 45 - 49, einen geregelten Schutzweg zu installieren. Zusätzlich erscheint eine Geschwindigkeitsbeschränkung in diesem Bereich, von der Algersdorfer Straße bis zur Alten Poststraße, als sinnvoll. Ich stelle daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat mögen überprüfen, ob die im Motivenbericht empfohlene Maßnahme an gegenständlicher Örtlichkeit möglich ist.

Die zuständigen Stellen im Magistrat werden beauftragt, diese Maßnahme gegebenenfalls durchführen zu lassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Zusätzlicher Verkehrsspiegel/Ausfahrt Ernst-Moser-Weg in Richtung Waltendorfer Hauptstraße

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: In aller Kürze, danke Herr Bürgermeister, zwei Anträge von mir, der eine geht darum auf Bitte einer Bewohnerin in der Nähe und zwar um die Aufstellung eines zusätzlichen Verkehrsspiegels Ausfahrt Ernst-Moser-Weg in Richtung Waltendorfer Hauptstraße. Das wäre der eine Antrag.

Motivenbericht nur schriftlich:

Sicherheit ist das oberste Anliegen der Grazer Bevölkerung. Leider ist die im Betreff angeführte Örtlichkeit aus verkehrstechnischer Sicht eine permanente Gefahrenquelle. Diese kann jedoch mit einer einfachen Maßnahme beseitigt werden. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz werden beauftragt, die Möglichkeit der Aufstellung eines zusätzlichen Verkehrsspiegels auf der Ausfahrt Ernst-Moser-Weg in Richtung Waltendorfer Hauptstraße zu prüfen und bei positiver Begutachtung eine Aufstellung sobald als möglich zu veranlassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Tätigkeitsbericht über das Sicherheits- und Veranstaltungsmanagement

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Der zweite Antrag wäre die Bitte um einen Tätigkeitsbericht, der das Sicherheits- und Veranstaltungsmanagement betrifft, vor allem Schwerpunkt um das neu geschaffene Sicherheitsmanagement (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der neuen Aufgabenverteilung im Bereich Sicherheit in unserer Stadt wurde das Sicherheitsmanagement neu geschaffen, wobei das genaue Tätigkeitsfeld bislang nur vage beschrieben wurde. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der zuständige Stadtsenatsreferent, Herr Bürgermeister Mag. Nagl, wird ersucht, dem Gemeinderat sobald als möglich einen Tätigkeitsbericht des Sicherheits- und Veranstaltungsmanagements vorzulegen. Der Schwerpunkt dieses Berichtes sollte vor allem auf dem neu geschaffenen Sicherheitsmanagement liegen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Kurzparkzone 6 und 7

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! In diesem Antrag geht es um die Kurzparkzone 6 und 7. Aufgrund einer geplanten Änderung werden die Bewohner der Zone 7 nicht mehr in der Schillerstraße parken dürfen, das sorgt für großen Unmut dort in dem Bezirk. Ich stelle namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, eine ausgewogenere Lösung für die Kurzparkzonen 6 und 7 zu finden. In Ermangelung einer solchen soll die gegenwärtige Gebietsaufteilung der Kurzparkzonen 6 und 7 aufrechterhalten werden (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

In jüngerer Vergangenheit haben sich zahlreiche Bewohner der Nibelungengasse über die geplanten Änderungen der Kurzparkzonen 6 und 7 beschwert. Eine tatsächliche Umsetzung dieses Vorhabens wäre durchaus ein schwerer Einschnitt in die Wohnqualität der betroffenen Anwohner. Bislang konnten zahlreiche betroffene Bürger der Zone 7, deren Wohngebiet aufgrund der Technischen Universität und der starken Personenfrequenz ohnehin von ständiger Parkplatznot gekennzeichnet ist, ihr Kfz entlang der Schillerstraße bis zum Schillerplatz parken. Im nun vorgelegten Modell entsteht jedoch ein echtes Parkloch vor allem für die Bewohner des östlichen Teils der Nibelungengasse. Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, eine ausgewogenere Lösung für die Kurzparkzonen 6 und 7 zu finden. In Ermangelung einer solchen soll die gegenwärtige Gebietsaufteilung der Kurzparkzonen 6 und 7 aufrechterhalten werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.40 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb